

Partnern bestünden solche bürokratischen Hindernisse. Wenn man A gesagt habe, müsse man auch B sagen. Natürlich müßten die Direktbeziehungen kontrolliert werden, aber alles müsse dynamischer verlaufen. Manchmal habe er den Eindruck, daß die Institutionen des Außenhandels daran interessiert seien, die genannten bürokratischen und formalen Verfahrensweisen zu erhalten, denn sie leben ja zum Teil davon. Damit müsse gründlich gebrochen werden.

Genosse Jaruzelski schlug weiter vor, auf einem der nächsten Treffen, vielleicht auch nicht unbedingt auf der höchsten Ebene, die Frage der Arbeit mit der Jugend zu beraten. Es handele sich um die Millionen, die den Sozialismus im 21. Jahrhundert weiter aufbauen werden. Besonders in Polen sei spürbar, daß der Gegner daran interessiert sei, die Jugend zu vergiften, ihr alle möglichen unnötigen und negativen Ideen, Moden und Strömungen aufzuzwingen. Über die Arbeit mit der Jugend sollten Erfahrungen ausgetauscht werden. Auf vielen Ebenen gebe es einen breiten Austausch, besonders mit der DDR gebe es einen großen Austausch von Jugendlichen, auch mit der Sowjetunion. Aber all das sei in gewisser Hinsicht noch Partisanenarbeit. Es gebe noch kein breites, umfassendes System, das alle Aspekte dieser Arbeit berühre. Wenn die Jugend mehr über Jugendprobleme in westlichen Ländern wisse als über das Leben der Jugend in den Bruderländern, dann könne dies nicht günstig sein. Man sollte nachdenken über gemeinsame Fernsehprogramme, über eine gemeinsame illustrierte Zeitschrift, die gleichzeitig in den Sprachen der sozialistischen Bruderländer erscheinen könne. Es gebe sicher auch viele andere Ideen. Nach seiner Meinung sollten die zuständigen Sekretäre der Zentralkomitees beauftragt werden, zu diesen Fragen entsprechende Vorschläge auszuarbeiten. Die Generalsekretäre könnten sich dann diesen Komplex ansehen, um der ganzen Sache einen neuen Impuls zu verleihen.

Genosse Jaruzelski dankte Genossen Michail Gorbatschow für die umfangreiche Information über die Ereignisse im Kernkraftwerk Tschernobyl und die Folgen. Er brachte die tiefe Anteilnahme und Solidarität mit den sowjetischen Freunden zum Ausdruck. Polen und er persönlich haben sich zu diesem Thema klar und eindeutig sowie in der Öffentlichkeit geäußert. Sowjetische Spezialisten seien nach Polen gekommen und hätten mit polnischen Fachleuten zusammengearbeitet. Damit sei zum Ausdruck gekommen, daß es sich um eine gemeinsame Sache handelte, die gemeinsam geklärt werden mußte. Dies sei wichtig zu sagen, da der Gegner bis zum heutigen Tage versuche, aus diesem Ereignis Kapital zu schlagen. Es sei wichtig gewesen, zu diesen Fragen kompetente Wissenschaftler vor der Öffentlichkeit auftreten zu lassen.

Es sei jedoch notwendig, noch weitere Schlußfolgerungen zu ziehen. Er habe darüber u.a. auch mit dem Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages, Genossen Kulikow, gesprochen. Dieser habe mit großem Verständnis aufgenommen, daß den Fragen der Zivilverteidigung größere Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse. Es gehe auch darum, alle Pläne und Konzeptionen unseres Bündnisses und auch von militärischen Übungen zu überprüfen und realistischer an sie heranzugehen. Keiner dürfe z. B. die Vorstellung haben, daß es in einem Nuklearkrieg möglich sei, nach 5 bis 6 Tagen Kaffee in Paris zu trinken. Das tragische Ereignis sollte genutzt werden, um an alle Fragen mit mehr Realismus heranzugehen.

Zu den Ergebnissen der Tagung des PBA schätzte Genosse Jaruzelski ein, daß ein Dokument verabschiedet worden sei, welches alle europäischen Länder, aber nicht nur diese, betreffe. Es gehe hier nicht um Kernwaffen, über die nur einige Länder verfügen, sondern um solche Waffen, die alle Länder besitzen. Die Tatsache, daß an diesen Fragen faktisch alle Staaten interessiert sind, sollten wir noch stärker nutzen. Es sei wichtig, ein Szenarium vorzubereiten, und bereits jetzt Ideen auszuarbeiten,

wie wir reagieren, wenn die Gegenseite versucht, unsere Vorschläge zu umgehen. Eine solche Reaktion des Gegners werde kommen, und wir brauchten eine rechtzeitige Position, die uns in die Lage versetzt, die andere Seite an die Wand zu drängen. Die Dokumente seien zwar sachlich gehalten, hätten an sich aber noch keinen großen Propagandaeffekt. Es gehe darum, unsere Vorschläge noch überzeugender darzulegen und die Auseinandersetzung mit den Argumenten des Gegners (z.B. über die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Vertrages) koordinierter zu führen. Es gehe darum, daß wir eine gemeinsame Sprache sprechen, daß wir nicht allgemein bleiben, sondern auf die Positionen des Gegners eine konkrete Antwort geben.

Vielleicht wäre es zweckmäßig, dazu eine besondere Arbeitsgruppe aus Vertretern der Außenministerien und des Vereinten Oberkommandos zu bilden, um diesen Prozeß operativ in Moskau oder anderswo zu verfolgen und Empfehlungen für unsere Propaganda auszuarbeiten, damit wir diese Chance voll nutzen.

Genosse Gustav Husak brachte seine Zustimmung zur Einschätzung des Verlaufs und der Ergebnisse der Tagung des PBA zum Ausdruck. Er schätzte auch die von Genossen Gorbatschow gegebenen Informationen hoch ein. Alle spürten, daß Genosse Gorbatschow einen neuen Elan in die Beratungen der Generalsekretäre sowie in die Zusammenarbeit der Bruderparteien und Bruderländer insgesamt hineingetragen habe.

Zu Tschernobyl sei alles gesagt. Die CSSR verfüge über ein Atomkraftwerk, das jetzt 15 Jahre arbeite. Dort seien 6 Blöcke in Betrieb. Natürlich habe es bestimmte kleine technische Mängel gegeben, aber noch keine großen Probleme. Ständige Kritik gebe es von Österreich, da sich das Kernkraftwerk in der Nähe der österreichischen Grenze befinde.

Die CSSR habe mit Österreich einen Vertrag über die gegenseitige Information bei Havariefällen.

Nach Meinung von Genossen Husak besteht das Hauptrisiko im menschlichen Faktor, in der Betriebssicherheit der Reaktoren. Die Regierung der CSSR und Genosse Strougal üben in dieser Frage eine strenge Kontrolle aus. Bisher sei nichts passiert, aber dies sei keine Garantie. Genosse Gorbatschow hatte über neue und alte Sicherheitssysteme gesprochen. Es sei notwendig, sofort bessere Systeme der Reaktorsicherheit in alle Kernkraftwerke einzubauen. Im Westen sei eine gewaltige Hysterie um dieses Ereignis entfaltet worden. Diese habe relativ breite Wirkung erzielt. Genosse Husak brachte seine tiefe Anteilnahme gegenüber den sowjetischen Genossen anlässlich dieser tragischen Ereignisse zum Ausdruck.

Er äußerte Zustimmung zu einem Treffen der Generalsekretäre im Herbst in Moskau. Es wäre sehr gut, eine Frage wie die ökonomische Integration auf die Tagesordnung zu setzen. Es seien dazu schon viele Beschlüsse angenommen worden. Alle Bruderländer arbeiteten aktiv auf diesem Gebiet. Jedoch auch alle spürten, daß es zu langsam vorgehe. Es werde überall kritisiert und nach Wegen gesucht, wie man schneller vorankommen könne. Jetzt sei es notwendig, eine bestimmte Etappe der Diskussion abzuschließen. In der Theorie sei man sich im wesentlichen einig. Das Treffen müsse so konkret wie möglich gestaltet werden. Beschlüsse gebe es genug. Jetzt gehe es darum, wie man sie mit Leben erfülle. Hier bestünden viele Hindernisse und Barrieren. Die Erfahrungen der anderen Bruderländer könnten bei der Lösung eigener Fragen helfen.

(Genosse Michail Gorbatschow schlug vor, nunmehr zu vereinbaren, das reguläre Treffen im Herbst ökonomischen Fragen zu widmen. Die sowjetische Seite als Gastgeber werde einen Vorschlag

unterbreiten, welche Fragen behandelt werden und welches das Ergebnis sein sollte, ob das Treffen vor oder nach der Tagung des RGW durchgeführt werden sollte. Wenn sie das Recht dazu erhalte, werde sie ihre Überlegungen den Bruderparteien mitteilen und von ihnen Vorschläge abfordern.

Genosse Erich Honecker brachte dazu sein Einverständnis zum Ausdruck.)

Genosse Gustav Husak erinnerte an die Annahme des Komplexprogramms der Integration. Ein Programm sei gut, aber wie werde es realisiert? Dies betreffe vor allem Grundfragen der Wirtschaftsleitung. Das Ziel sei allen Bruderländern klar, aber die Methoden zur Erreichung dieses Ziels seien noch unzureichend entwickelt. Es gehe nicht darum, sich über das Ziel zu verständigen, sondern über die Methoden bei der Entwicklung und Anwendung der Technik, der Organisation der Produktion, des Außenhandels. Es sollte auch die Frage beraten werden, wie man gemeinsam auf den Außenmärkten auftreten könne. Vor allem müsse das "wie" klargemacht werden.

Die kapitalistischen Staaten verfügten bekanntlich über ihre eigenen Methoden, die jedoch bei uns nicht angewandt werden können. Unsere eigenen Erfahrungen reichten aber noch nicht aus.

Zu den internationalen Fragen sei die allgemeine Linie auf der Tagung des PBA abgestimmt worden. Aber in der Tagespolitik entstünden immer wieder neue Fragen. Es gebe Reisen ins Ausland und Delegationsbesuche in den Bruderländern. Man stimme sich operativ ab und hole sich Rat, besonders in Moskau oder anderswo. Das wirke sich nicht zum Schaden der Selbständigkeit der Staaten aus. Alle Bruderländer berieten sich, vor allem in Moskau, damit keine großen Fehler gemacht würden.

